

Um Wee zu enger nohalteger Entwécklung:

D'Gemengen – zentral Akteure vu gesellschaftleche Verännerungen !

Handlungspisten für eine zukunftsfähige Gemeinde

Die Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft stehen, haben in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Es ist dabei gewusst, dass unser heutiges Gesellschaftsmodell nicht zukunftsfähig ist: weder was den Umgang mit den Ressourcen, noch was den Zusammenhalt sowie die soziale Kohäsion anbelangen.

Je früher wir beginnen unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell umzugestalten, desto "sanfter" können wir dies noch angehen... Je länger wir warten, desto radikaler werden die notwendigen Umbrüche sein müssen.

Für eine nachhaltige Entwicklung sind sicherlich Entscheidungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene notwendig. Auch Gemeinden können ihre Stimme in diesem Sinne erheben: Sei es, indem sie sich für klare Vorgaben in der Landesplanung, für mehr Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen, oder aber, indem sie in Dossiers wie CETA und TTIP mitmischen, was rezent viele Gemeinden getan haben.

Große Veränderungen haben ihre Wurzeln häufig in vielen kleinen Initiativen und Projekten vor Ort.

Gerade die Gemeinden können die Zukunft gestalten und durch ihr Engagement und ihre Entscheidungen die Gesellschaft „von unten“ verändern helfen... und somit durch ihre Rolle als Vorreiter auch nationale und europäische Entwicklungen beeinflussen. Sie können so aufzeigen, dass sich Engagement für die Zukunft lohnt und die BürgerInnen in diesem Sinne unterstützen und fördern.

Eine nachhaltige, zukunftsfähige Gemeinde ...

1. ... erstellt mit ihren BürgerInnen (und Nachbargemeinden) motivierende Zukunftsvisionen: Wéi eng Gemeng am Joer 2030?

Gerade auch in einer Zeit, die geprägt ist von Unsicherheiten und in der vieles in Veränderung ist, brauchen wir Menschen motivierende Visionen, wie wir uns das Leben von morgen vorstellen! Wie wir morgen leben wollen, wie wir Wohlstand definieren, welche Welt wir auch für die kommenden Generationen anstreben und wie dies im ganz Konkreten auf lokaler und regionaler Ebene aussehen kann.

Wir brauchen Ideen, um auf gemeinsame Ziele hin zu arbeiten. Als Gestalter der Zukunft, die konkret handeln und sich auch auf Wege abseits der abgetretenen Pfade begeben und nicht nur auf Alltagszwänge reagieren.

Gemeinden sollten deshalb mit ihren BürgerInnen an Zukunftsvisionen - einem Leitbild der Gemeinde / der Region - arbeiten und diesen Prozess mit Phantasie, Kreativität und Gemeinsinn angehen:

Wie sollen unsere Ortschaften, unsere Stadtviertel morgen aussehen, damit die Menschen sich hier wohlfühlen? Welches Miteinander stellen wir uns vor? Wie wollen wir wohnen? Wie können wir lokale und regionale Ressourcen erhalten und verstärkt in Wert setzen? Im Rahmen der Neu-Erstellung oder Abänderung des kommunalen Flächennutzungsplanes (PAG) können hierzu wichtige Weichenstellungen erfolgen (in der Diskussion über mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Folgen). Doch auch unabhängig davon kann dies in einem Zukunftsforum erfolgen.

Konkret kann dies z.B. in neue Mobilitätsmodelle, eine Umgestaltung von öffentlichen und privaten Außenräumen, ein Begrünungskonzept, soziale Initiativen zugunsten von Jugendlichen oder älteren Menschen, die Unterstützung von lokaler / regionaler Produktion u.a.m. führen.

Vieles lässt sich gemeinsam besser angehen! Warum deshalb nicht auch derartige Visionen gemeinsam mit Nachbargemeinden für die Region entwickeln?

2. ... setzt sich die nachhaltige Entwicklung zum Ziel

Eine zukunftsfähige Gemeinde berücksichtigt auch, dass es Grenzen aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung gibt, z.B. für den Ressourcenverbrauch. Deshalb arbeitet sie an Visionen dieser Entwicklung im Bewusstsein der Notwendigkeit einer effizienten Nutzung der Ressourcen (u.a. Energie, Boden- und Wasserverbrauch) und einer Reduktion der Umweltbelastungen (u.a. Lärmbelastung, Luft- und Wasserverschmutzung, Verlust an Biodiversität).

Hierzu ergreift sie u.a. folgende Initiativen:

- sie fördert in der Gemeinde die Debatte darüber, welches Wirtschaftsmodell wir anstreben, welches Wachstum, und was dies für die Entwicklung der Gemeinde bedeuten kann: Will die Gemeinde weiterhin anwachsen? Wenn ja, wie kann sie dieses Wachstum der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Aktivitäten bewusst(er) steuern? Wenn nein, wie kann die Gemeinde ihre Entwicklung ohne kontinuierliches Wachstum gestalten?;
- sie erstellt Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde (z.B. für den zulässigen Land- und Energieverbrauch, die CO₂-Emissionen, den Anteil erneuerbarer Energien, den Anteil von Grünflächen in der Gemeinde, die maximal zulässigen Lärm- und Luftbelastungen, den modal split...), nimmt diese Indikatoren als Leitplanken für ihr Handeln und evaluiert regelmäßig den „Stand der Dinge“;
- hinterfragt alle kommunalen Planungen kritisch - vom Budgetentwurf bis zu einzelnen Projekten - ob diese den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung, auch den sozialen Kriterien (z.B. in Sachen Wohnungsbau), gerecht werden oder nicht;
- leistet im Alltag die so wichtige „Fleißarbeit“ im Sinne der nachhaltigen Entwicklung: Sie verwendet in ihren Strukturen vor allem regionale und Biolebensmittel, sie achtet bei der Beschaffung auf ökologische Materialien, sie investiert konsequent in Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität, des Natur- und Umweltschutzes, des Klimaschutzes...

Die Gemeinde kann dazu beitragen, gemeinsam mit den BürgerInnen den Begriff der Lebensqualität neu zu definieren und Ideen der "Suffizienz" zu entwickeln, d.h. des "Weniger ist mehr". Dies auch im Bewusstsein, dass wenn wir weiter wie heute konsumieren - nur effizienter oder zielorientierter - wir den Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung nicht gerecht werden können. Denn der Konsum frisst die positiven Auswirkungen einer Reduktion des Verbrauchs an Energie und Ressourcen wieder auf - Konsum macht außerdem nicht glücklich. Die Gemeinde soll deshalb Projekte wie das Ausleihen von Geräten statt den Kauf, die Idee der Reparaturcafés, soziale Begegnungsorte außerhalb des Konsums u.v.a.m. unterstützen und als Chance für neue Lebens- und Gesellschaftsmodelle des Miteinanders anerkennen.

3. ... sieht BürgerInnen als Partner der gesellschaftlichen Veränderung

Eine Reihe von Gemeinden bemüht sich in den vergangenen Jahren verstärkt darum, BürgerInnen in die Gemeindepolitik bzw. die Planung einzelner Projekte einzubinden. Doch grundsätzlich bleibt noch vieles im Bereich der Bürgerbeteiligung zu tun.

Um eine gute Planung in der Gemeinde zu erreichen, Menschen zusammenzuführen und den Austausch über Argumente anzuregen, Entscheidungsprozesse über wichtige Projekte in die Wege zu leiten und somit die Politik zu entlasten, sollte eine zukunftsweisende Gemeinde eine systematische Bürgerbeteiligung sicherstellen. Aber auch ein "Empowerment" der BürgerInnen, damit sich diese verstärkt in ihrer Gemeinde einbringen (können). Sie fördert Initiativen von und für Menschen, die nicht "nur" in ihren Gemeinden wohnen, sondern auch dort leben und sich einbringen wollen.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Gemeinde vor allem auf vier Ebenen aktiv wird und einen gesellschaftlichen Diskurs sowie die direkte Partizipation fördert:

- **Anlaufstelle für BürgerInnen schaffen, die BürgerInnen bei Projekten unterstützt:** Mehr und mehr BürgerInnen möchten sich in der Gemeinde mit ihren Ideen einbringen. Der Vorteil auch für die Gemeinde ist erheblich, da derartige Projekte die Vielfalt und Lebendigkeit einer Gemeinde ausmachen können. Die Gemeinde soll deshalb eine Anlaufstelle schaffen, die ein offenes Ohr für Ideen von BürgerInnen hat, und diesen ggf. auch unter die Arme greift.
- **Systematische Informationspolitik:** Eine umfassende Information, auch mit einer Darstellung der verschiedenen Standpunkte bei kontroversen Themen, sollte mittlerweile eine Selbstverständlichkeit sein - ebenso das Ernst nehmen von Anfragen der BürgerInnen.
- **Charta der Bürgerbeteiligung / Breite Bürgerbeteiligung sicherstellen:** Um ein deutliches Signal zu setzen, dass die Gemeinde die Bürgerbeteiligung ernst nimmt, sollte der neue Gemeinderat eine Charta verabschieden, in der er die wesentlichen Prinzipien der Bürgerbeteiligung, denen sich die Gemeinde verpflichtet, verankert. Anzustreben ist eine systematische Bürgerbeteiligung, die eine breitestmögliche Einbindung der EinwohnerInnen (auch verschiedener sozialer Schichten) mit einer attraktiven Methodenvielfalt gewährleistet; dies sowohl bei zentralen Projekten (z.B. Siedlungsprojekten) als auch bei der generellen Entwicklung der Gemeinde (welches Leitbild für die Gemeinde?) oder kleineren Projekten (wie z.B. der Umgestaltung eines Straßenraumes).
- **Feste Strukturen der Beteiligung schaffen:** Neben dieser Beteiligung bei Projekten sind formalisierte Strukturen der Beteiligung zu schaffen bzw. zu fördern: U.a. indem die

Gemeinde beratende Kommissionen bei wichtigen Entscheidungen einbezieht, einen Kinder- bzw. einen Jugendgemeinderat bildet u.a.m.

4. ... fördert und unterstützt neue Lebens- und Wirtschaftsmodelle

Auch in Luxemburg entstehen auf lokaler Ebene progressiv neue Modelle des Wirtschaftens und des Miteinanders. Kooperativen als neue Strukturen des Wirtschaftens, aber auch des Miteinanders (z.B. im Wohnbereich) werden gegründet oder aber Projekte wie die "solidarische Landwirtschaft" (d.h. Projekte, bei denen der Konsument in direkter Verbindung mit dem Landwirt steht und diesen für seine Leistung bezahlt) machen auch bei uns ihren Weg und stoßen auf breite Zustimmung. So wachsen derzeit neue Initiativen des Gemeinwohls: Es gibt mittlerweile in zahlreichen Gemeinden Gemeinschaftsgärten, Kooperativen für die Einrichtung und den Betrieb von Solaranlagen, Nachbarschaftshilfen, Austauschformen zwischen Generationen u.a.m. Dies auch nach dem Modell der "Transition Town"-Bewegung. Vor allem auch im Bereich neuer Wohnformen tut sich etwas, da immer mehr Menschen sich für Kooperativen interessieren u.a.m.

Doch auch die Zustimmung für die grundsätzliche Förderung regionaler Märkte nimmt zu: Als essentiell für eine nachhaltige Entwicklung wird die verstärkte Förderung einer regional orientierten Wirtschaftsweise gesehen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: es werden Arbeitsplätze in der Region geschaffen, ein Mehrwert in der Region erwirtschaftet (z.B. durch die Veredelung einheimischer Hölzer für den Bau oder die Möbelproduktion), Energie- und Ressourcen geschont (u.a. durch kurze Transportwege), Abhängigkeiten reduziert (z.B. durch die Produktion erneuerbarer Energie statt Importzwängen von Multinationalen), Lebensmittel vor Ort produziert und somit Produzenten und Verbraucher zusammengebracht.

Sowohl der Förderung dieser „klassischeren“ regionalen ökonomischen Märkte als auch der neuen kooperativen Formen des Wirtschaftens- und Zusammenlebens gehört die Zukunft.

Der Gemeinde kommt bei der Förderung derartiger Initiativen eine sehr bedeutsame Rolle zu. Sie sollte diese ganz bewusst anregen, fördern und unterstützen, indem sie:

- bewusst auf regionale Produkte und Produzenten zurückgreift und diese fördert (z.B. bei der Beschaffung u.a.m.) sowie die regionale Produktion unterstützt (z.B. durch das zur Verfügung stellen von Dächern für Solaranlagen usw.);
- BürgerInnen, die ein Projekt initiieren möchten, berät und begleitet (sei es logistischer, juristischer Natur u.a.), ggf. Räumlichkeiten hierfür zur Verfügung stellt;
- Menschen für die Teilnahme an derartigen Projekten zu gewinnen versucht und sowohl über die Förderung der regionalen Wirtschaft als auch über die Modelle des kooperativen Wirtschaftens informiert (z.B. dass derartige Wirtschaftsformen nicht nur "sympathische" Projekte sind sondern Vorreiter einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Reform);
- Menschen zusammenbringt und hilft Netzwerke aufzubauen.

5. ... fördert durch eine Vielfalt an Maßnahmen das soziale Miteinander und die soziale Kohäsion!

Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Gegebenheiten, der zunehmenden Digitalisierung, des Bevölkerungswachstums in den meisten Gemeinden u.a.m. ist der soziale Austausch zwischen den Menschen in einer Gemeinde nicht mehr a priori in demselben Ausmaß gegeben wie früher.

Dabei sehnen sich immer mehr Menschen nach Kontakten - nach einem Miteinander, auch und gerade dort, wo sie wohnen. Dieser Austausch ist wichtig, um den Zusammenhalt in der Gemeinde zu fördern: Er trägt zu einem Gefühl der Geborgenheit und des Aufgehobenseins bei, erlaubt es gegenseitig Argumente auszutauschen, Verständnis auch für andere Sichtweisen zu entwickeln, konstruktiv zu diskutieren und zu streiten. Er ermöglicht ebenfalls die Integration verschiedener Bevölkerungskreise, wie z.B. auch der Flüchtlinge.

Die Gemeinde sollte deshalb jedwede Initiative im Sinne des Miteinanders fördern u.a.:

- die erwähnten kooperativen Modelle des Wirtschaftens fördert;
- BürgerInnen bei (bereits initiierten oder erst angedachten) Projekten im Sinne des Gemeinwohls unterstützen, hierzu eine spezifische Anlaufstelle schaffen oder zumindest einen Verantwortlichen benennen, evtl. falls sinnvoll Räumlichkeiten als (konsumfreien) Begegnungsraum zur Verfügung stellen;
- im Rahmen einer verstärkten Bürgerbeteiligung BürgerInnen verschiedener Altersschichten, sozialer Strukturen und Kulturen zusammenbringen;
- eine Gemeinde der "kurzen Wege" mit einem Nutzungsmix aus Wohnen, Arbeiten und Versorgungsstrukturen anstreben;
- Wohnungsbauprojekte, besonders für finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen, gezielt fördern;
- attraktive öffentliche Plätze und Straßenräume gestalten, die zum Verweilen einladen und eine konsequente Durchgrünung durchführen;
- eine konsequente Verkehrsberuhigung in die Wege leiten, um den Menschen in den Mittelpunkt der räumlichen Gestaltung setzen;
- im Rahmen einer verstärkten Bürgerbeteiligung, BürgerInnen verschiedener Altersschichten, sozialer Strukturen und Kulturen zusammenbringen;
- im Siedlungsbau neue Initiativen des Zusammenlebens fördern: von Mehrgenerationenhäusern bis hin zur Gestaltung gemeinsamer Innen- und Außenräume bei neuen Wohnprojekten.

Die Gemeinde ist sich dabei vor allem auch bewusst, dass sie eine besondere Verantwortung hat gegenüber einkommensschwachen Menschen, Stichwort "Umweltgerechtigkeit": vielfach sind diese - aufgrund ihrer Wohnsituation (an einer vielbefahrenen Straße, durch fehlende Energieeffizienz des Wohnhauses, des geringeren Zugangs zu Informationen über öffentliche Angebote...) in ihrer Lebensqualität benachteiligt.

Die Gemeinde bezieht diese Herausforderungen sehr bewußt in ihre Arbeiten und Projekte mit ein, indem gezielt Maßnahmen auf verkehrsberuhigten Straßen ergriffen werden u.a.m.

Gemeinden, die der Lebensqualität und dem sozialen Aspekt einen hohen Wert zumessen, werden auch attraktiv für die kommenden Generationen sein.

Der Staat hat eine besondere Verantwortung, die Gemeinden bei all diesen Initiativen und Maßnahmen tatkräftig zu unterstützen, um ihnen zu ermöglichen, den Paradigmenwechsel in den kommunalen Aufgaben inhaltlich und ressourcenmäßig bewältigen zu können.

Anmerkung: Stärkung der Gemeinden in ihrem Engagement für nachhaltige Entwicklung

Wie können die Gemeinden das alles schaffen? Werden die Gemeinden nicht überfordert?

Der Anspruch des Mouvement Ecologique ist, einen Überblick über eine Vielzahl von sinnvollen und eigentlich auch sehr wichtigen Handlungspisten zu geben. Gemeinden sollten einerseits wirklich die Kraft und das Engagement ihrer BürgerInnen verstärkt nutzen, um die Gemeinde zu entwickeln. Aber natürlich benötigt auch zusätzliche Ressourcen: Deshalb führt kein Weg an einer Stärkung der Gemeinden vorbei.

Dabei sollte man sich auch nicht neuen Wegen verschließen, z.B. die Vergabe der staatlichen Gelder im Rahmen der „dotation communale“ an Nachhaltigkeitskriterien zu binden. Der Mouvement Ecologique wird - spätestens im Rahmen der notwendigen Bilanz der Gemeindefinanzreform in zwei Jahren - hierzu Stellung beziehen.